

INTEGRATIONSBUREAU
des EPD und EVD

Bern, den 12. April 1978

¹¹⁰
777.230(DK) - B/rs

A k t e n n o t i z

über die am 15.3.1978 in Kopenhagen erfolgten Gespräche
zwischen Direktor Jolles und Staatssekretär Ersbøll

1 Delegation

dänischerseits:

- Staatssekretär Ersbøll, Chef des Departements für Aussenwirtschaft
- Unterstaatssekretär Møller, Stellvertretender Chef des Departements für Aussenwirtschaft
- Abteilungschef Isakson, wirtschaftspolitische Abteilung
- Abteilungschef Oerstrøm-Møller, EG-Abteilung

schweizerischerseits:

Direktor Jolles, Botschafter Hartmann,
Botschaftsrat Grob (abends), Minister Blankart

2 Zweck des Treffens war, nach den mit dem für die Aussenbeziehungen zuständigen Vizepräsidenten der EG-Kommission, Haferkamp, im Januar geführten Gesprächen nun auch einen Gedankenaustausch mit Vertretern des EG-Präsidialstaates zu pflegen und damit auch die aus früheren EFTA-Zeiten stammenden "besonderen Beziehungen" zwischen der Schweiz und Dänemark zu pflegen. Direktor Jolles erwiderte damit den Besuch, den ihm der Vorgänger Ersbølls, Staatssekretär Christensen am 6.6.1977 in Bern abgestattet hat. Dank der guten Vorbereitung durch unsere Botschaft in Kopenhagen und der Gastfreundschaft Botschafter Hartmanns konnten mit einem Minimum an zeitlichem Aufwand zahlreiche Probleme einem konstruktiven Dialog unterzogen werden.

3 Allgemeinwirtschaftliche Probleme

Nach einer Darstellung der innerschweizerischen Wirtschaftslage und der Beurteilung der bilateralen Handelsbeziehungen gibt Direktor Jolles seiner Befürchtung ob eines weiteren Ansteigens der protektionistischen Tendenzen Ausdruck. Gemäss den Berechnungen der OECD bedürfte es eines Wachstums von 4 1/2 %, um die Arbeitslosigkeit zu verringern; vermutlich ist aber nur ein solches von 3 1/2 % zu erwarten, was protektionistischen Absichten Vorschub leisten dürfte. Es bedarf folglich der Restrukturierung und Adaptierung der Wirtschaft der Industriestaaten an die gegebene Lage, was in einer Rezessionsphase sehr viel schwieriger zu bewerkstelligen ist. Hieraus ergibt sich folgende Rangfolge von Problemen (die zugleich einer umgekehrten Kausalitätskette entsprechen):

1. Vermeidung eines Ansteigens der protektionistischen Tendenzen, u.a. durch einen erfolgreichen Abschluss der MTN
2. Restrukturierung der Wirtschaft, verbunden mit einer massvollen Stimulierung des Konsums
3. Angehen der Zahlungsbilanzprobleme
4. Herstellung monetärer Stabilität
5. Massnahmen zur Energieersparnis und zur Herstellung von Alternativenergie
6. Verbesserung des Nord/Süd-Verhältnisses

Staatssekretär Ersbøll stellt fest, dass in Dänemark bei einer Zuwachsrate von 2 % die Arbeitslosigkeit, die zur Zeit 6 % der aktiven Bevölkerung oder 225'000 Personen betrifft, andauern wird. Während die Teuerung 10 % beträgt, wird sich die Zahlungsbilanz leicht verbessern. Das Handelsbilanzdefizit hat sich etwas abgeschwächt, was nicht zuletzt auf einen Rückgang des einheimischen Konsums zurückzuführen ist. Obwohl gewisse Wirtschaftspolitiker der Meinung sind, die anstehenden Probleme könnten durch eine konsequente Einkommenspolitik gelöst werden, so ist doch klar, dass es politisch nicht zu bewerkstelligen ist, die Steuern erheblich weiter ansteigen zu lassen. Letztlich kann die Lage nur durch einen wirtschaftlichen Aufschwung ver-

bessert werden, Aufschwung, den Dänemark indessen nicht alleine auszulösen vermag.

Die Gemeinschaft beabsichtigt, sich anlässlich der nächsten beiden Treffen des Europäischen Rates vom 7./8. April, bzw. Juli 1978 auf ein Wirtschaftsprogramm zu einigen, das sie alsdann in den Wirtschaftsgipfel vom 13./14. Juli 1978 einzubringen gedenkt und das folgende Punkte umfasst:

1. Erreichen einer Wachstumsrate von $4 \frac{1}{2}$ % bis Juni 1979, insofern dieser Prozentsatz notwendig ist, um die Arbeitslosigkeit zu lindern. Nachdem die "Lokomotiven-Theorie" nicht mehr propagiert wird, ist die BRD bereit, einem "Konvoi-Modell" zuzustimmen.
2. Verbesserung der Welthandelsbedingungen: Die MTN müssen zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden.
3. Das Erfordernis der Währungsstabilität bleibt faktisch mit den MTN verbunden; um ihm Nachachtung zu verschaffen, muss die monetäre Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft und auf der Grundlage ihrer Institutionen verbessert werden. (In diesem Zusammenhang haben die Amerikaner gegenüber den Deutschen den Wunsch geäußert, letztere möchten bei den "Schlangeninterventionen" vermehrt auf die Interessen des Dollars Rücksicht nehmen.)
4. Herstellung einer tatsächlichen EG-Energiepolitik. Die Energiekonservierungsmassnahmen sollen zugleich der Arbeitsbeschaffung dienen.
5. Erhöhung der Hilfe an Entwicklungsländer, damit diese eine positive Rolle bei der Erholung der Weltwirtschaft spielen können.
6. Kurz- und mittelfristige Massnahmen zur Restrukturierung der Wirtschaft. Protektionistische Eingriffe sind nur zuzulassen, falls diese der Restrukturierung dienen (!). Diese Feststellung betrifft auch die Beihilfepolitik.

(Nebenbemerkung Ersbølls: Die Japaner begrenzen, aus Furcht vor EG-Schutzmassnahmen, zeitweise ihre Ausfuhren; doch benützen sie die dadurch freiwerdenden Arbeitskräfte, um ihre Wirtschaft zu rationalisieren und zu restrukturieren, so dass, wenn in Europa nichts geschieht, der japanische Konkurrenzdruck in einigen Jahren nur um so stärker sein wird.)

Die EG hat bei der Formulierung eines solchen Programms einen relativ geringen Spielraum. Falls es ungenügende Schlussfolgerungen und kein bindendes Engagement enthält, desinteressieren sich die Amerikaner am Wirtschaftsgipfel, was psychologisch höchst ungünstige Folgen zeitigen würde. Umgekehrt bestehen Probleme, die nicht einfach durch schöne Worte überbrückt werden können: Der Energieministerrat musste mangels Einigung kurzfristig abgesagt werden, die Probleme im Textil-, Stahl- und Schiffbausektor dauern unvermindert an. Dazu kommen die labile Situation in Italien sowie eine ambivalente Haltung Grossbritanniens gegenüber den MTN und dem Protektionismus: Einerseits setzt sich London für eine liberale Politik ein, schafft sich aber gleichzeitig Alibis für den Fall, dass die MTN unterbrochen, bzw. Schutzmassnahmen ergriffen werden müssten. Aus der Sicht Londons wäre es wünschenswert, wenn gewisse protektionistische Massnahmen von Brüssel aus dekretiert würden, was zeigt, dass die innergemeinschaftliche Konkurrenz für Grossbritannien offenbar absorbierbar ist.

Auf die Frage von Direktor Jolles, wie hinsichtlich Pt. 1 im Rahmen des "demand management" und der Fiskalpolitik die Inflationwirkung beurteilt werde, antwortet Staatssekretär Ersbøll, dass in verschiedenen EG-Staaten eine gewisse Inflation in Kauf genommen und gegebenenfalls durch steuerliche Abschöpfungen in Zaun gehalten würden. Hierauf erwidert Direktor Jolles, dass für die Schweiz die Aufrechterhaltung der Preisstabilität Voraussetzung dafür ist, die Ueberbewertung des SFr. zu kompensieren. Wir teilen insofern die deutsche Auffassung, wonach die bestehenden Probleme nicht durch einen Inflationsschub gelöst werden können. Im übrigen ist es erfreulich, dass sich Washington und Bonn zu einer gewissen Konzer-

tierung ihrer Politiken durchzurufen vermochten (Stützung des Dollars, bzw. Massnahmen zur Stimulierung der Weltwirtschaft). Schweizerischerseits sind wir bereit, gewisse Stimulierungsmassnahmen weiterzuführen, sofern diese keine Inflationswirkung zeitigen: Forschung, Bauprogramme etc. Hingegen sehen wir das Heil nicht in Fiskalmassnahmen; Steuererleichterungen würden vermutlich als Ersparnisse angelegt.

Was Pt. 2 (Welthandelsbedingungen) betrifft, so hat dieser für uns vorrangige Bedeutung. Die Erneuerung des Trade pledge genügt nicht; vielmehr bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung, um die MTN weiterzubringen. Pt. 3 (Währungszusammenarbeit) ist für uns von grossem Interesse. Was ist konkret vorgesehen?

Staatssekretär Ersbøll: Wir streben eine grössere Stabilität zwischen der Schlange und den andern EG-Währungen an, dies durch Stützungskredite, die durch die EG als solche finanziert würden. Im übrigen soll die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der Neun vertieft werden. Was die Drittlandwährungen betrifft, so interessiert uns vor allem das Verhältnis zum Dollar. Hier geht es letztlich nicht bloss darum, durch direkte Interventionen auf monetärem Gebiet tätig zu werden, sondern die Amerikaner davon zu überzeugen, ihre Energiebilanz zu verbessern und durch das Zu-Endeführen der MTN zu einer Verbesserung der Welthandelsbedingungen Hand zu bieten. Direktor Jolles teilt diese Ansicht und unterstreicht die Bedeutung des globalen Angehens der Probleme. Kurzfristig geht es darum, die kommenden kritischen 6 Monate zu überbrücken und durch konzertierte Interventionen den Trend zu wenden. Das amerikanisch/deutsche Währungsarrangement ist ein Anfang, doch müsste dieses, z.B. durch Einbezug Japans, multilateralisiert werden. Mittelfristig liegt der Schlüssel des Problems im Ausgleich der amerikanischen Energiebilanz. Washington scheint eingesehen zu haben, dass die Schwäche des Dollars der amerikanischen Volkswirtschaft schadet, insofern diese inflationsfördernd wirkt und den Kapitalfluss nach den USA verringert. Eine Tendenzwende kann nur mit einem Massnahmenpaket aller Beteiligten erreicht werden. Was können die Europäer beitragen? Ist durch ein "managed floating"

vermehrte Stabilität zu erreichen? Die Schweiz ist bereit, auch ohne Mitgliedschaft in der Schlange einen Beitrag zu leisten, doch müssten auch die OPEC-Staaten in die währungspolitische Konzentration einbezogen werden. Staatssekretär Ersbøll verweist in diesem Zusammenhang auf die diesbezüglichen Konsultationen zwischen den USA und Saudiarabien. Saudiarabien beabsichtigt offenbar, in Zukunft erheblich weniger Oel zu produzieren, als dies die IEA vorgesehen hatte. Ob dies die amerikanische Energiebilanz verändern wird, ist eine andere Frage. Jedenfalls werden die Saudis am Dollar festhalten, dies allerdings unter der Voraussetzung, dass Washington dessen Stabilisierung zustande bringt.

Auf das Wirtschaftsprogramm zurückkommend, das Gegenstand des Europäischen Rates und des Wirtschaftsgipfels sein wird, unterstreicht Direktor Jolles die Notwendigkeit, dass dieses auch auf der Stufe der OECD zur Sprache kommt, damit auch jene Staaten an seiner Formulierung teilhaben und auf es politisch verpflichtet werden können, die an den vorgenannten Konferenzen nicht teilnehmen. Staatssekretär Ersbøll bestätigt, dass dies sowohl der Absicht der EG wie jener der USA entspreche.

4 Multilaterale Handelsverhandlungen (MTN/Getreideabkommen)

41 Zollverhandlungen auf dem Industriesektor: Nach Aussage von Unterstaatssekretär Møller ist die Gemeinschaft nach wie vor mit der nicht einfach zu bewerkstelligen Evaluation des amerikanischen, japanischen und des schweizerischen Angebots beschäftigt. Die mit 46 % bezifferte amerikanische Zollsenkungs-Offerte scheint für die Gemeinschaft, berechnet auf ihre Ausfuhrstruktur, eine Inzidenz von lediglich 33-34 % zu haben. Im Falle der japanischen Offerte, die auf 40 % beziffert wird, ist die Inzidenz für die EG sogar nur 17-18 %. Es gilt nun, den Amerikanern und Japanern Vorschläge zu unterbreiten, die ihre Offerten aus der Sicht der Gemeinschaft verbessern würden. Was die Ausnahmen betrifft, tritt die EG gemäss ihrer Erklärung von Tokio und ihrem Verhandlungsmandat dafür ein, diese auf ein Minimum zu beschränken. Angesichts der Tatsache, dass neben andern Ver-

handlungspartnern vor allem die USA ein bedeutendes Handelsvolumen auszuklammern wünschen und dass die Gemeinschaft dem Vorschlag nicht zustimmen will, diese Ausnahmen im Sinne des Postulats des "no net exceptions" durch eine stärkere Senkung bei andern Positionen auszugleichen, wird Brüssel nicht darum herumkommen, seinerseits einige zusätzliche Erzeugnisse rückzugsweise auf die Ausnahmeliste zu setzen. - Bis zum 4. April sollte der innergemeinschaftliche Beschlussfassungsprozess beendet sein. Direktor Jolles geht seinerseits auf die schweizerische Beurteilung der verschiedenen Offerten ein, festhaltend, dass die japanische, die aus innenpolitisch-taktischen Gründen vorgebracht worden sein dürfte, für uns wirtschaftlich von fraglichem Interesse sei. Das amerikanische Angebot ist akzeptabel, falls es gelingt, ein genügend grosses Volumen der Zollsensungsformel zu unterwerfen und damit zu einer Harmonisierung der tarifarischen Disparitäten zu gelangen. Damit ist zugleich besagt, dass wir bis auf weiteres nicht beabsichtigen, eine Verhandlung über Ausnahmen und deren Kompensierung zu führen.

- 42 Verhandlungen im Agrarbereich: Die Gemeinschaft ist beunruhigt ob des Mangels an Fortschritt im Agrarsektor. Sie hat bekanntlich im Rahmen der MTN die Ausarbeitung multilateraler Lösungen zur Verringerung übermässiger Fluktuationen auf den drei wichtigsten Sektoren angestrengt, auf denen sie sowohl Einfuhr- wie Ausfuhrinteressen hat (Getreide, Milcherzeugnisse, Fleisch). Sollten die Verhandlungen im Agrarbereich (inkl. Getreideabkommen) stagnieren, so besteht, nach Unterstaatssekretär Möller, die reelle Gefahr, dass die MTN als solche mit einem Misserfolg enden werden. Die Gemeinschaft wird demnächst versuchen, in gezielten Parallelgesprächen die Lage zu deblockieren. Es scheint, dass Botschafter Dunkel das Getreideabkommen u.U. lediglich zu verlängern und gleichzeitig gewisse Schlüsselprobleme (stockregulation, food-aid) zu regeln sucht. Wie sieht die Schweiz den Zusammenhang zwischen diesen beiden Verhandlungen? Direktor Jolles bestätigt, dass angesichts der kurzen noch verbleibenden Zeit eine Vertagung der Getreideverhandlung und damit eine

Verlängerung des bestehenden Getreideabkommens wohl unumgänglich sei. Die Interdependenz der beiden Verhandlungen ergibt sich aus schweizerischer Sicht im Umstand, dass die Getreidefrage eine Schlüsselstellung in den Agrarverhandlungen der MTN einnimmt und gewisse Länder deshalb bei Ausbleiben von Ergebnissen in diesem Bereich versucht sein könnten, den erfolgreichen Abschluss der Tokio-Runde - also auch die Verhandlungen über den Handel mit Industriegütern und über die "Spielregeln" - zu behindern.

Unterstaatssekretär Møller fügt bei, dass ein Getreideabkommen ohne Lagerhaltung und Preismechanismus für die Gemeinschaft nicht genügend wäre. Demgegenüber scheinen die Japaner nicht in der Lage zu sein, die Stocks mitzufinanzieren, während die Sowjets lediglich Preismechanismen, aber keinen Aufbau von Lagern wünschen. Ferner wiederholte Møller den Wunsch der EG nach Einbezug der Futtermittel. Die Gemeinschaft wird vermutlich eine Liste ihrer Minimalanforderungen unterbreiten, Liste, die vorgängig mit der Schweiz zu besprechen wäre.

43 Selektive Schutzklausel (Revision von Art. XIX)

Zum Problem der selektiven Schutzklausel stellt Unterstaatssekretär Møller fest, dass die USA noch kaum von der Notwendigkeit von deren Einführung überzeugt werden konnten. Direktor Jolles stellt fest, dass schweizerischerseits für diese Zurückhaltung Verständnis besteht. Denn die durch die Selektivität verursachte Handelshemmung führt notwendigerweise zum Handelskrieg auf Märkten von Ländern, die wie die Schweiz hochpreisig sind und die gegebenenfalls die selektive Schutzklausel (noch) nicht in Anspruch genommen haben. Hierauf erwidert Staatssekretär Ersbøll, dass es nur eine Alternative zur selektiven Schutzklausel gebe, nämlich der Abschluss von Selbstbeschrän-

kungsabkommen. Diesen gegenüber wäre die selektive Schutzklausel vorzuziehen, sofern sie mit dem "psychologisch wirksamen" Erfordernis von vorgängigen Konsultationen und strengen Kontrollen verbunden ist. Bei einer erga omnes-Schutzklausel ist die Gefahr einer Kettenreaktion grösser. Direktor Jolles stellt fest, dass die Verhandlungen in Genf genügend fortgeschritten sind, dass ein Kompromiss sowohl auf Grund des bestehenden Art. XIX oder aber mit Blick auf dessen Revision nicht ausgeschlossen wäre. Staatssekretär Ersbøll: Einer weiteren Liberalisierung des Welthandels kann in der gegenwärtigen Wirtschaftslage von EG-Seite nur zugestimmt werden, falls das bestehende Schutzsystem verbessert, d.h. differenziert wird. Ohne Selektivität kein Abkommen. Offen ist lediglich die Frage, wie diese Selektivität gegebenenfalls international verwaltet wird. Hier wären Kompromissvorschläge von dritter, z.B. schweizerischer Seite willkommen.

- 44 Entwicklungsländer: Direktor Jolles stellt fest, dass von Anfang an vorgesehen war, den EL in den MTN eine differenzierte und günstigere Behandlung zu gewähren. Mit den Zugeständnissen für tropische Produkte ist eine Vorleistung erbracht worden. Nun kommt der Moment, wo wir gegenüber den EL das Problem einer zumindest längerfristigen und teilweisen Reziprozität zur Sprache bringen müssen. Unsere diesbezüglichen bilateralen Kontakte mit den Mexikanern waren eher ermutigend. Ob diese Haltung in einem multilateralen Rahmen bestätigt würde, ist aber fraglich. Folglich läge es an uns, autonom gewisse langfristige Postulate zu formulieren, wobei die wünschbaren Zugeständnisse je nach Entwicklungsstand differenziert sein müssten. Staatssekretär Ersbøll stellt fest, dass die Amerikaner im bilateralen Gespräch mit ausgewählten EL zu ähnlichen Ergebnissen gelangt sind wie jene der Gespräche CH/Mexiko. Für die Gemeinschaft ist das Problem etwas komplexer, insofern sie mit den ACP-Staaten in einem besonderen Verhältnis steht. Letztere werden Kompensationen für die Aushöhlung des GSP durch die MTN

und das neue Multifiberabkommen verlangen. Vorgeschlagen wurde ein gemeinsamer Fonds für den besseren Einsatz moderner Technologien (Fernmeldewesen, Strassenbau), die Ausbildung von Kadern, Investitionen etc.

5 Europäische Integration

Staatssekretär Ersbøll stellt zunächst fest, dass sich die dänische öffentliche Meinung mehr und mehr zu Gunsten der EG-Mitgliedschaft ausspricht, wenngleich im letzten Oktober noch 43 % der Befragten gegenüber der Gemeinschaft ablehnend eingestellt waren. Die Haltung hängt vielfach von der Lösung von Einzelproblemen (Fischerei, Grönland etc.) ab. - Was das Verhältnis der EG zu den EFTA-Staaten betrifft, so ist die Kommission im Nachgang zum EFTA-Gipfel beauftragt worden, einen diesbezüglichen Bericht zu verfassen. Offenbar bestehen Redaktionsschwierigkeiten: Die Kommission möchte, unterstützt von einigen Mitgliedstaaten, ein konstruktives Dokument, versehen mit verschiedenen Initiativen, verfassen, befürchtet aber, von bestimmten Hauptstädten "zurückgepiffen" zu werden.

Direktor Jolles stellt seinerseits die Grundzüge der schweizerischen Integrationspolitik dar. Die erste Phase unserer gegenseitigen Annäherungspolitik hat mit dem am 1.7.77 erfolgten Zollabbau im gewerblichen Sektor einen wesentlichen Markstein erreicht. Es geht jetzt darum, den erreichten Freihandel gegenüber versteckten und offenen protektionistischen Massnahmen zu erhalten (maintien de l'acquis). Die sich vermehrenden handelshemmenden Lizenzverfahren, die Schikanen beim Viehimport, die taxe parafiscale, die Verzollungsbeschränkungen etc. sind alarmierende Zeichen dafür, dass Tendenzen bestehen, die vertraglichen Zugeständnisse auszuhöhlen. Dazu kommen die Preissmassnahmen im Stahlsektor, denen wir uns schliesslich aus Gründen des Selbstschutzes auf dem Sektor der Armierungseisen a posteriori angeschlossen haben, die aber ebenfalls eine Relativierung der Freihandelsidee darstellen.

Als zweites Erfordernis ergibt sich die Notwendigkeit, den Freihandel zu vertiefen, dies durch die qualitative Verbesserung der Ursprungsregeln und durch deren administrative Vereinfachung.

Als drittes sind wir zusammen mit unseren EFTA-Partner damit beschäftigt, den Freihandel abzurunden, indem wir mit Spanien ein multilaterales und GATT-konformes Interimsabkommen aushandeln, dessen Zweck vornehmlich darin besteht, auf dem industriellen Sektor mit dem zwischen diesem Land und der Gemeinschaft bestehenden Zollabbau gleichzuziehen. Das Abkommen soll ein dynamisches Element enthalten, d.h. letztlich den vollständigen Zollabbau vorsehen und damit zu einer reibungslosen Anwendung der FHA nach dem EG-Beitritt Spaniens beitragen, indem dieses Land frühzeitig und allmählich in die westeuropäische Arbeitsteilung eingegliedert wird. Aus dieser Sicht wäre es wünschenswert, wenn die Gemeinschaft zu einer diagonalen Kumulation der Ursprungskriterien auch gegenüber Spanien Hand bieten könnte. Es sei beigefügt, dass wir ein entsprechendes Abkommen auch mit Griechenland aushandeln möchten; doch war die Haltung Athens bisher abwartend. Offenbar besteht die Furcht, die Gemeinschaft zu irritieren und den gegenwärtigen Zustand zu verlängern. Angeblich verfügt Athen auch nicht über die notwendige negotiatorische Infrastruktur. Allein, solch ein Abkommen würde den EFTA-Investitionen in Griechenland förderlich sein und die griechischen Exporte teilweise vom EG-Markt ablenken, insofern ihnen die EFTA-Märkte geöffnet würden. Dazu kommt ebenfalls hier das Argument der frühzeitigen und allmählichen Eingliederung Griechenlands in die westeuropäische Arbeitsteilung. Da auch die Gemeinschaft ihr Interesse am Abschluss eines solchen Abkommens uns gegenüber wiederholt bestätigt hat, würden wir es begrüßen, wenn die Präsidentschaft den Griechen einen "hint" geben könnte.

Als viertes sind wir bestrebt, durch informelle Kontakte mit der EG-Kommission den Freihandel abzusichern, um zu verhindern, dass dessen Vorteile durch eine Disparität in der Entwicklung der an ihm

beteiligten Volkswirtschaften oder durch unterschiedliche handelsrelevante Rechtsvorschriften wieder in Frage gestellt werden. In diesem Zusammenhang sind uns von der Kommission Expertengespräche auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik angeboten worden. Wir haben grundsätzlich zugesagt. Wie stellen Sie sich zu solchen Kontakten?

Staatssekretär Ersbøll gibt zu, dass die Gefahr besteht, dass der Warenfreiverkehr sektoriell aus den Angeln gehoben wird. Wir tragen eine gemeinsame Verantwortung für die Aufrechterhaltung des westeuropäischen Freihandels und damit für die Bekämpfung jedes Versuchs, protektionistische Massnahmen in Kraft zu setzen. Das Mindestpreissystem im Stahlsektor war indessen unumgänglich, um eine Restrukturierung dieses Wirtschaftszweiges ohne Wettbewerbsverzerrungen zu ermöglichen. Ende Jahr wird der Mechanismus einer Prüfung unterzogen; falls er sich nicht bewährt (und vor alledem, falls nicht Ansätze zu einer Strukturreform sichtbar sind), wird er nicht verlängert. Auch hier müssen die EG und die Schweiz in dauernder Verbindung bleiben, um aufkommende Probleme gemeinsam lösen zu können.

Was die Verhandlungen EFTA/Spanien betrifft, so ist Ersbøll von deren Nützlichkeit völlig überzeugt, denn das angestrebte Abkommen wird dazu beitragen, den "acquis communautaire" im Bereich der Aussenbeziehungen zu sichern. Der Wunsch betreffend diagonale Kumulation wird zur Prüfung entgegengenommen. Wichtig ist auch das genannte Argument der Investitionsförderung, insofern diese einen Teil jener unumgänglichen Anstrengungen darstellt, den Warenfreiverkehr unter gerechten Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. - Im übrigen ist Ersbøll bereit, den Griechen einen entsprechenden "hint" zu geben.

Was die Verhandlungen EG/Griechenland betrifft, so dürften Ende Jahr die Hauptprobleme geregelt sein; die Negotiation wird dann aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Gewisse Mitgliedstaaten sind der Meinung, dass die Verhandlungen mit allen drei Kandidaten gleichzeitig beendet oder die Abkommen zumindest zu gleicher Zeit

unterschieden werden sollen, weil sie vermeiden wollen, mit einer Zehner-Gemeinschaft gegenüber Spanien und Portugal aufzutreten. Ob dies möglich sein wird, ist fraglich, da schon lediglich der Versuch, das Spanien-Abkommen aus dem Jahre 1970 zu verbessern, nur sehr langsam vorwärtskommt.

Die Konsultationen mit der EG-Kommission sind sicher von Interesse, doch muss man sich ihrer sehr beschränkten diesbezüglichen Kompetenzen bewusst sein. Vielleicht wären solche Kontakte indessen geeignet, der Kommission gegenüber den Mitgliedstaaten ein etwas grösseres Gewicht in Fragen der Wirtschaftspolitik zu verleihen.

Direktor Jolles erläutert alsdann unsere Konzeption hinsichtlich der Verhandlungen der zweiten Generation:

- Liberalisierungsabkommen im gegenseitigen Wirtschaftsverkehr, der vom FHA nicht gedeckt wird:
 - a) Niederlassung (Schadenversicherungen)
 - b) Dienstleistung (Personentransport auf der Strasse)
 - c) Freihandel mit Informationen (Euronet)
 - d) "Freihandel" mit Urteilen (Exequatur)
- Kooperationsabkommen
 - a) Konzertierte Forschung (COST)
 - b) Energie (Fusion)
 - c) Transporte (Rheinschifffahrt)
- Konsultationsmechanismen
 - a) Umweltschutz
 - b) Verkehrspolitik
 - c) Wirtschaftspolitik
 - d) ev. Rechtsharmonisierung

Staatssekretär Ersbøll zeigt sich erstaunt und erfreut ob der Vielfalt und Intensität der Vorhaben, derer er sich bisher nicht bewusst war.

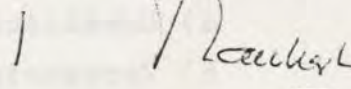
6 Bilaterale Probleme

Die bilateralen Probleme konnten in der Sitzung aus Zeitgründen nur angedeutet werden. Direktor Jolles hat indessen in Anwesenheit seiner Gesprächspartner die Schweiz. Botschaft in Kopenhagen beauftragt, zwei Probleme (die alsdann auch noch während des Nachtessens informell zur Sprache kamen) nach Abschluss des Besuches mit den zuständigen dänischen Behörden an die Hand zu nehmen. Es geht um folgendes:

- a) Papier: Das Nullzollkontingent des Kapitels 48 ist völlig ungenügend, während dasjenige des Kapitels 49 nicht mehr ausgeschöpft werden kann. Es soll versucht werden, wenn möglich ohne Revision des Protokolls Nr. 2 FHA jeweils ab 1. September die beiden Kontingente zusammenzulegen.
- b) Bündnerfleisch: Aus veterinärpolizeilichen Gründen kann nach Dänemark Rindfleisch lediglich mit Einfuhrbewilligungen eingeführt werden, welche letztere nur sehr restriktiv erteilt werden. Aus handelspolitischen Gründen darf aber auf Grund geltenden EG-Rechts die Einfuhr von Bündnerfleisch nicht verboten werden.

Ferner wurde ausserhalb der Sitzung die Wünschbarkeit eines Beitritts von Dänemark zur Punzierungskonvention angedeutet, Hinweis, der zur Prüfung entgegengenommen worden ist, zu gegebener Zeit jedoch eines offiziellen Nachstossens bedarf.

INTEGRATIONSBUREAU EPD/EVD



(Franz Blankart)

Kopie:

Vorsteher des EVD
 Direktor der Handelsabteilung
 Rb, Ja, D, Bt, Mo, So, Hf,
 vT, Ly; Lu, Ro, Bru, Sb, Gre,
 Eb, Gi, Bö, Eg

Vorsteher des EPD
 Generalsekretär des EPD
 Politische Direktion EPD
 Politisches Sekretariat EPD
 Finanz- und Wirtschaftsdienst EPD

Schweiz. Botschaft in Bonn, Brüssel, Den Haag,
 Dublin, Kopenhagen, London, Luxemburg,
 Paris, Rom; Helsinki, Lissabon, Oslo,
 Stockholm, Wien; Ankara, Athen, Belgrad,
 Madrid; Tokio, Washington

Schweiz. Mission bei den EG, Brüssel

Schweiz. Delegation bei der EFTA, Genf

Schweiz. Delegation bei der OECD, Paris

Schweiz. Vertretung beim Europarat, Strassburg

21.4.78: Kott
 Bräufte Languetin